

Mythen der Globalisierung

Diskussionspapier des Linken Forums in der SPD Erlangen

Unter Globalisierung versteht man den Prozess einer zunehmenden globalen Vernetzung von Menschen, Märkten, Institutionen und Staaten. In einem knappen Argumentationspapier kann dieses Phänomen nur unvollständig behandelt werden. Aufgezeigt werden soll: Ideologisch genutzt werden die Globalisierungsprozesse zu angeblich unabänderlichen, "objektiven" Sachzwängen stilisiert, die die gegenwärtig vorherrschende Politik zur einzig denkbaren erheben.

Wie sich mit Hilfe der Unterscheidung zwischen den Entwicklungen der Realökonomie einerseits und der Finanz- und Kapitalmärkten andererseits zeigen lässt, führt der Begriff in die Irre. Der verschärfte Konkurrenzdruck auf die nationale Wirtschaft entwickelt sich nicht etwa durch den Wettbewerb mit Schwellenländern, sondern durch politisch gewollte Liberalisierungen und eine immer stärkere gegenseitige Durchdringung der entwickelten Wirtschaftsräume selbst.

Bei der Globalisierung handelt es sich somit keineswegs um ein grundsätzlich neues Phänomen, sondern lediglich um eine neue, neoliberalistisch geprägte Stufe der kapitalistischen Vergesellschaftung/Internationalisierung durch Kapitalisierung aller Lebensbereiche und Räume unter Indienstnahme und Inwertsetzung der neuen technologischen Entwicklungen.

Behauptet wird: Deutsche Unternehmen wandern ins Ausland ab, weil beispielsweise die Löhne zu hoch seien.

Richtig ist: Die deutsche Wirtschaft ist überaus konkurrenzfähig. Statistisch lässt sich eine Abwanderung deutscher Investitionen in „Billiglohnländer“ nicht feststellen. Ein Großteil (83,4%) deutscher Investitionen geht in hochentwickelte Industrieländer (2003: EU 45,2 %; USA 33,6 %, Schweiz/Japan/Kanada 4,6%), deren reale Lohnstückkosten (Arbeitskosten in Relation zur Produktivität) Deutschland teilweise sogar unterbietet. Die deutschen Direktinvestitionen ins Ausland sind als Folge erfolgreicher Exportstrategien zu betrachten und sollen hinzugewonnene Absatzmärkte sichern oder neue erschließen.

Behauptet wird: Deutschland sei für ausländische Investoren nicht interessant. Gefordert werden deshalb niedrigere

Steuern, eine Deregulierung der Arbeitsmärkte etc.

Richtig ist: Tatsächlich sind die Ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland (2003: 306 Mrd. Euro) erheblich geringer als die deutschen Direktinvestitionen im Ausland (2003: 665,8 Mrd. Euro). Die deutsche Wirtschaft ist für ausländische Investoren vor allem aber deshalb nicht interessant, weil die deutsche Konkurrenz äußerst wettbewerbsfähig ist und den Markt bereits unter sich aufteilt.

Behauptet wird: Die deutsche Wirtschaft ist international nicht konkurrenzfähig und müsse Unternehmensabgaben und Löhne auf Grund des Konkurrenzdrucks senken.

Richtig ist: Deutsche Unternehmen exportieren in einer einheitlichen Währung gerechnet insgesamt mehr Waren als irgendein anderes Land der Welt. Rechnet man Dienstleistungsexporte zu den Warenexporten hinzu, liegt Deutschland auf dem zweiten Platz hinter den USA.

Auch die Verflechtungen der Exportwirtschaft machen deutlich, dass es sich bei der Globalisierung in erster Linie um einen Prozess verstärkter regionaler Vernetzung handelt: 70,4 % der deutschen Exporte gingen 2002 in die EU, die Schweiz und Ostmitteleuropa. Weiter 10,3 % gingen in die USA.

Behauptet wird: Die Entwicklung der Finanzmärkte macht die nationalstaatliche Politik handlungsunfähig.

Richtig ist: Im Bereich der Finanzmärkte ist die Internationalisierung tatsächlich am weitesten vorangeschritten. Die Finanzmärkte sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten sehr viel schneller gewachsen als Produktion und Handel. Ursache dafür ist vor allem die ungerechte Verteilungspolitik, die zu einer Schwächung der Arbeitnehmerinnen und zur Stärkung der Gewinneinkommen und deren Fluss in die Finanzmärkte führt. Von den täglich auf den Devisenmärkten gehandelten 1,2 Billionen US-Dollar dienen allenfalls fünf Prozent der Finanzierung von Handelsgeschäften und Direktinvestitionen. Der große Rest sind Spekulationsgeschäfte zwischen international operierenden Finanzinstituten, die nur sehr mittelbar mit den realen Prozessen der Produktion zu tun haben. Einher geht diese Ex-

pansion der Weltkapitalmärkte mit einem Konzentrationsprozess von großen Finanzmassen auf wenige finanzstarke institutionelle Anleger wie Banken und Pensionsfonds, die massiven Druck auf die nationalstaatliche Wirtschaftspolitik aufbauen können. Der zunehmende Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anlageformen für Finanzkapital hat zudem Auswirkungen auf die Unternehmenspolitik, die sich nur noch an den Interessen der Aktionäre (Shareholder Value) orientiert.

All diese Entwicklung sind jedoch kein Naturgesetz, sondern durch die seit den 70er Jahren durchgeführten Deregulierungen zu erklären, im Zuge derer das nach dem Zweiten Weltkrieg festgesetzte Fixkursystem (Bretton-Woods-System) aufgelöst und zu einem System flexibler Wechselkurse übergegangen wurde.

Die Schaffung stabiler Währungsbeziehungen ist ein zentrales Regulierungserfordernis (z.B. durch die Festlegung von Zielzonen für die Wechselkurse), um den Außenhandel zu stärken und die Spekulation einzudämmen.

Um Währungsspekulationen zu verhindern, ist die Einführung einer einheitlichen Steuer auf alle Umtauschaktionen zwischen Währungen nötig (Tobin-Tax). Es ist abzulehnen, die sozialen Sicherungssysteme durch Privatisierung den Entwicklungen der Kapitalmärkte auszuliefern oder wie im Falle großer US-amerikanischer Pensionsfonds zum Motor des Shareholder-Denkens zu machen. Gerade eine wichtige Volkswirtschaft wie die Bundesrepublik Deutschland hat hier wichtige Einflussmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume.

Behauptet wird: In der globalisierten Welt ist der Nationalstaat nicht mehr handlungsfähig.

Richtig ist: Neoliberalen Politikern geht es nicht um "weniger Staat", sondern um einen anderen Staat. Der nationale Wettbewerbsstaat kann entgegen der neoliberalen Marktrhetorik nicht auf staatliche Eingriffsmöglichkeiten verzichten: Garantie rechtlicher Rahmenbedingungen, z. B. von Eigentum, von "Sicherheit und Ordnung", andererseits Ausbau der Möglichkeit zur "Intervention" nach außen (Neomerkantilismus und Militarisierung).